



Hans-Heinrich Obuch (3.v.l.) moderierte die kontroverse Radiodiskussion mit der stellvertretenden Pressesprecherin der E.ON Netz GmbH, Dr. Anja Chales de Beaulieu, Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes, Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann und Physiker Dr. Hartmut Voigt (v.l.). Wirklich spannend aber war die Live-Sendung aus dem Harpstedter Hotel „Zur Wasserburg“ nicht. Die Beteiligten brachten vorwiegend alte Argumente zu Gehör. Foto: Siemens

Beweislast umkehren?

Live-Sendung zur 380-KV-Stromtrasse brachte gestern kaum neue Erkenntnisse

Von Jürgen Bohlken

HARPSTEDT ■ Warum die geplante 380-KV-Freileitung von Ganderkesee nach St. Hülfe auf so viel Ablehnung stöße, wollte Moderator Hans-Heinrich Obuch gestern Nachmittag zu Beginn der Nordwestradio-Livesendung aus der „Wasserburg“ zur „Trassen-debatte“ von Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann wissen. Antwort: „Weil wir meinen, dass umwelt-schonend erzeugter Strom auch umweltfreundlich transportiert werden muss.“

Physiker Dr. Hartmut Voigt vom Ecolog-Institut bestätigte die im Vergleich zur Freileitung bessere gesundheitliche Verträglichkeit unterirdischer gasisolierter Leitungen (GIL). Es gebe ein erhöhtes Risiko, in der Nähe starker elektromagnetischer Felder an Leukämie zu erkranken. Allerdings habe ein entsprechender statistischer Zusammenhang bislang nicht nachgewiesen werden können. „Was wir fordern, ist die Beweislastumkehr“, unterstrich Hiltraud Lindemann. Will heißen: Netzbetreiber E.ON soll die Unschädlichkeit ei-

ner Freileitung belegen. Voigt hielt diese Forderung für legitim. Angst vor elektromagnetischer Strahlung kennt die gestern aus Bayreuth angereiste stellvertretende Pressesprecherin der E.ON Netz GmbH, Dr. Anja Chales de Beaulieu, indes nach eigenen Worten nicht. Sie wohne selbst in nur 150 Metern Entfernung zu einer Freileitung.

„Für uns ist die entscheidende Frage, welche Kosten wir anerkannt bekommen und an die Verbraucher weitergeben können.“ Es gehe nicht ums „Geld verdienen“, so Chales de Beaulieu unter Gelächter aus der Zuhörerschaft, sondern darum, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Freileitung sei da die „betriebswirtschaftlich beste“ Lösung. Die durch Stromverluste bedingten Kosten seien zwar höher als beim Erdkabel oder der GIL, aber „nicht in dem Maße, dass es sich rechnen würde, eine andere Lösung zu wählen“.

Ob die Stromleitung nicht vielleicht schon ohnehin aus überhöhten Strompreisen be-

zahlt worden sei, wagte Moderator Obuch eine provokante Frage. „Wir sind ein entflochtenes Unternehmen. Die Strompreise werden nicht von der E.ON Netz gemacht. Wir sind nur verantwortlich für die Netznutzungsentgelte“, entgegnete Chales de Beaulieu.

„Das Kostenargument ist für uns nicht ausschlaggebend“, meinte Hiltraud Lindemann. Sie kam auf das ForWind/Oswald-Gutachten zu sprechen, das die volkswirtschaftliche Seite der Stromübertragungsalternativen außer Acht lasse; allerdings entspreche dies dem von der Regierungsvertretung erteilten Auftrag, räumte Lindemann ein. Sie und Santgemeindebürgermeister Uwe Cordes verliehen der Forderung nach einem zusätzlichen volkswirtschaftlichen Gutachten Nachdruck, das Wertminderungen bei trassennahen Häusern und Grundstücken sowie Beeinträchtigungen der Lebensqualität und des Landschaftsbildes bewerten soll. Cordes hob die große Einig-

keit in der Ablehnung der Freileitung hervor: „Da passt nicht ein Blatt Papier zwischen die Gemeinden, die betroffen sind.“ Gesprächsbereitschaft mit der E.ON Netz und Mediator „Prognos“ gebe es nach wie vor: „Wir werden weiter versuchen, uns im Dialog anzunähern.“ Eine „tolle Aufgabe“ für die große Politik auf Bundes- und EU-Ebene wäre aus Sicht von Cordes die Realisierung der 380-KV-Leitung in Form eines GIL-Pilotprojektes. Zu einer Aussage der ForWind-Studie, wonach die GIL bei Reparaturen „bis zu 20 Tage“ nicht verfügbar sei, merkte Cordes an, zwei bis acht Tage Ausfall seien eine realistischere Größe. Im Kostenvergleich schneide die GIL nun besser ab als noch am Anfang der Trassendiskussion. Und die Bilanz werde sich weiter zu ihrem Gunsten verbessern, wenn auch die volkswirtschaftlichen Kosten Eingang in die Gesamtbetrachtung fänden.

„Ich denke, wir waren in nicht zum letzten Mal in Harpstedt“, meinte Hans-Heinrich Obuch nach einer Sendung, die kaum neue Erkenntnisse gebracht hat.

■ „Kosten nicht ausschlaggebend“